

nachrichten

Der Bundesrat tagt für einmal im Tessin

BELLINZONA. Der Bundesrat wird am 23. Juni im Tessin tagen. Auf dem Programm steht neben der wöchentlichen Sitzung auch ein Besuch bei der Tessiner Kantonsregierung. Die Tessiner Staatskanzlei bezeichnete den bevorstehenden Besuch gestern als «historisches Ereignis». Für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Kanton Tessin sei die Präsenz der Landesregierung sehr wichtig. Im Südkanton fühlte man sich in letzter Zeit vom Bund stiefmütterlich behandelt. SDA

Geschäftsberichte verabschiedet

BERN. Nach dem Nationalrat hat gestern auch der Ständerat die Berichte des Bundesgerichts und des Bundesrats für das letzte Jahr verabschiedet. Beim Bundesgericht zeigte sich GPK-Präsident Claude Janiak (SP, BL) besorgt über die Zunahme der Heimarbeit an den eidgenössischen Gerichten. SDA

Gegenvorschlag ist unter Dach

BERN. Der direkte Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative der SVP steht: Der Ständerat hat die Vorlage gestern bereinigt. Herausgekommen ist ein politischer Kompromiss, der auch einem Teil der Linken erlaubte, dem ungeliebten Anliegen ihre Stimme zu geben. Die Brücke hatten die Mitte-Parteien in Form des umstrittenen Integrationsartikels gebaut. Dieser setzt der automatischen Ausschaffung ausführende Vorschriften zur Integration entgegen. Zudem mochten weder die Linke noch die Mitte-Parteien das Risiko eingehen, mit leeren Händen in den Abstimmungskampf gegen ein populistisches Anliegen der SVP ziehen zu müssen. SDA

Umsetzung des Römer Statuts harzt noch

BERN. Die öffentliche Aufforderung zum Völkermord soll in der Schweiz nicht unter Strafe stehen, wenn sie im Ausland erfolgt. Unter Strafe gestellt werden soll demnach nur die Aufforderung zum Völkermord, wenn diese in der Schweiz gemacht wird oder der Völkermord selber in der Schweiz begangen werden soll. Bei der Umsetzung des Römer Statuts ist der Ständerat dem Nationalrat in diesem Punkt gefolgt. Bei der Verjährung besteht er aber darauf, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht erst ab Inkrafttreten unverjährbar sind, sondern bereits ab 1983. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat. SDA

Der Bund erwartet leicht mehr Wölfe

BERN. Etwa 15 bis 20 Wölfe erwartet der Bund diesen Sommer in der Schweiz. Er fokussiert nun seine Herdenschutzsubventionen auf Schutzhunde – diese hätten sich im Ausland für Schafherden bewährt, schreibt das Bundesamt für Umwelt. 2009 waren elf verschiedene Wölfe in elf Kantonen nachgewiesen worden; für weitere Tiere gab es Hinweise. SDA

Autofreies Wohnen wird Realität

Investoren erkämpfen sich das Recht, Wohnungen fast ohne Parkplätze zu bauen



Unspektakulär. Die Siedlung Burgunder in Bern-Bümpliz sieht aus wie viele – was fehlt, ist die Tiefgarage. Foto A. Haldemann

TIMM EUGSTER, Zürich

In Bern steht die erste autofreie Siedlung der Schweiz, landesweit gibt es ein Dutzend ähnliche Projekte. Erschwert wird das autofreie Planen oft durch eine Parkplatzbaupflicht. Zürich weicht diese nun auf. Basel kennt die Vorschrift gar nicht – trotzdem setzen alle Investoren auf Parkplätze.

Schlichte Blöcke mit grossen Fenstern und Terrassen: Die Siedlung Burgunder bei der Berner S-Bahn-Haltestelle Bümpliz Süd sieht aus wie viele moderne Wohnsiedlungen, die in den Agglomerationen aus dem Boden spriessen. Die Pioniertat liegt unter dem Boden: Es ist die fehlende Tiefgarage. So etwas gab es bis jetzt erst in Wien oder Köln. Obwohl das Konzept für Günther Ketterer, Mitinitiant und Verwaltungsratspräsident der NPG AG für nachhaltiges Bauen, «nichts als

logisch» ist: «Warum sollen wir eine Einstellhalle bauen für Leute, die kein Auto haben?» Tatsächlich besitzen 45 Prozent der Stadtberner und Stadtzürcher keines – und gar 52 Prozent der Basler. Ketterer: «Die Nachfrage ist da – nur wurde sie vom Markt bis jetzt nicht befriedigt.» 80 Wohnungen umfasst die neue Siedlung, 40 sind eben fertiggestellt worden, 30 vermietet.

Die Bedingungen sind strikt: Wer den Mietvertrag unterschreibt, verpflichtet sich, kein Auto zu besitzen. Und keines über eine Art «Strohmann» zu halten. Erlaubt sind einzig Car-sharing über Mobility, automobiler Besuch sowie Ausnahmen bei Krankheit oder Behinderung. Für diese Fälle sind 14 oberirdische Parkplätze vorhanden.

Der Zusatz im Mietvertrag ist eine Bedingung von Stadt und Kanton Bern, das Resultat sechsmonatiger Verhandlungen. Denn ohne eine Spezialverein-

barung hätten gemäss geltender Verordnung 64 Parkplätze gebaut werden müssen. Sollten die Siedlungsbewohner doch die Quartierparkplätze in Beschlag nehmen, wie Anwohner befürchten, kann die Stadt den Bau einer Einstellhalle nachträglich anordnen – der Platz dafür bleibt reserviert.

SPAREFFEKT. Einen Schritt weiter geht jetzt die Stadt Zürich: Bauherren sollen sich unter gewissen Bedingungen ganz von der Parkplatzbaupflicht befreien können. Dies hat das Stadtparlament vergangene Woche beschlossen. «Ein sehr positiver Schritt – damit können wir unser Konzept umsetzen», freut sich Urs Frei, Inhaber einer Fensterfabrik und Präsident der Zürcher Handwerker-Baugenossenschaft Zurlinden. Im Aussenquartier Leimbach soll an der Sihl eine sogenannte «autoarme Siedlung» mit nur wenigen Parkplätzen ent-

stehen. Neben ökologischen sind für den Unternehmer auch ökonomische Gründe ausschlaggebend: «Durch die Reduktion der Parkplätze sparen wir pro Wohnung und Monat 70 Franken.» Das macht ein Gratis-ÖV-Abo. Die Baugenossenschaft Zurlinden mit 1300 Wohnungen sei «geheilt» vom exzessiven Parkplatzbau, sagt Frei: «Jeder fünfte ist nicht vermietet – das kostet uns gegen 200 000 Franken pro Jahr.»

Experimentierfreudige Genossenschaften treiben in Zürich und Winterthur insgesamt zwei Projekte für autofreie Siedlungen (laut Definition höchstens 0,2 Parkplätze pro Wohnung) und drei für autoarme (bis 0,5 Parkplätze pro Wohnung) voran. Die grösste Überbauung mit 450 Wohnungen soll in Leutschenbach entstehen. Schweizweit gibt es rund ein Dutzend Projekte – aber keines in Basel, obwohl die rechtlichen Voraussetzungen ideal wären.

PARKING HALB LEER. Basel ist der schweizweit einzige Ort ohne Parkplatzbaupflicht. Trotzdem orientieren sich die Bauherren in der Regel an der maximal zulässigen Obergrenze von einem Parkplatz pro Wohnung. Und reiben sich dann die Augen, wenn sich zu wenig Abnehmer finden. So sind im Erlentor fast alle Wohnungen vermietet – aber nur die Hälfte der 231 Parkplätze. Bei der Vermietung zuständigen Gribi Theurillat heisst es dazu, die vielen hier wohnhaften «Internationals» schätzten es, in Basel aufs Auto verzichten zu können, und die jungen Einheimischen hätten oft kein eigenes Auto.

Der Immobilienberater und grünliberale Politiker Hans Rudolf Hecht schätzt aufgrund eigener Erfahrungen und Gesprächen, dass in Basel rund 5000 private Einstellhallenplätze nicht vermietet sind. Bei den Behörden weiss man, dass oft mehr Parkplätze erstellt als benötigt werden. Doch verfolge man in Gesprächen mit Investoren «keine proaktive Strategie in Richtung autofreies Wohnen», so Regula Küng von der Fachstelle Stadtwohnen.

Süsse Roche-Pillen für SVP-Parlamentarier

MARTIN FURRER

Die Chemie stimmt zwischen Roche und SVP: Galant begrüsst am Mittwochmittag Roche-Verwaltungsratspräsident Franz B. Humer Parteispitzen und Parlamentarier der Schweizerischen Volkspartei am Firmenhauptsitz in Basel. Es strahlen die Sonne, das SVP-Sünneli und die Gesichter beim Fraktionsausflug der Politiker ans Rheinknie.

«Freut mich, dass Sie uns beehren», sagt Humer, österreichisch-schweizerischer Doppelbürger, Studium in Innsbruck, dann Pharmamanager in Ecuador, Grossbritannien, Portugal, seit 1995 bei Hoffmann-La Roche in Basel, fünf Sprachen sprechend – ein Mann von Welt an der Spitze eines Weltkonzerns.

IM BLUT. Fleissig schüttelt der bald 64-Jährige Hände: Christoph Blocher ist angereist, der alt Bundesrat, SVP-Vizepräsident und Parteistrategie, Parteichef Toni Brunner, Bundesrat Ueli Maurer, Fraktionschef Caspar Baader. Und mit ihnen Dutzende von National- und Ständeräten. Eingefädelt hat das

Treffen zwischen Wirtschaft und Politik alt SVP-Nationalrat Walter Frey. Der Zürcher sitzt im Roche-Verwaltungsrat und ist, verrät er, vor 67 Jahren erstmals mit Roche in Kontakt gekommen: Bei seiner Geburt wurde ihm das Roche-Präparat Konaktion verabreicht, ein Mittel zur Vorbeugung von Blutgerinnungsstörungen bei Säuglingen.

GEGEN KREBS. «Roche gehört zur Champions League der Pharmunternehmen», lobt Baader. Humer bestätigt: «Sie werden tatsächlich sehen, dass man in Basel nicht nur gut Fussball spielt, sondern auch gute Unternehmen hat.»

Die Pillen, die Humer dann dem Publikum vom Rednerpult aus verteilt, sind süss: «Roche hat 2009 weltweit 1400 neue Stellen geschaffen, ist präsent in 150 Staaten, gibt im Jahr zehn Milliarden Franken für Forschung und Entwicklung aus, ist Marktführer in der Krebstherapie.»

Still ist es im Auditorium, als Humer Zahlen und Fakten ausbreitet. Noch stiller wird es, als Humer erzählt, wie



Visite bei Roche. Franz B. Humer (l.), Christoph Blocher. Foto Mischä Christen

seine erste Frau vor zehn Jahren an Brustkrebs gestorben ist. «Heute können wir gewisse Arten von Brustkrebs ganz heilen oder ihn zumindest zu einer chronischen Krankheit zurückstufen.»

IN DER SCHWEIZ. Humer verteilt auch bittere Pillen: «Wir wissen eigentlich noch wenig über den menschlichen Körper. Für 5000 Krankheiten gibt es

noch keine medizinische Therapie.» Den Politikern bleibt nichts anderes übrig, als das zu schlucken. Sie schlucken auch Humers Satz «es gibt keine gute Wirtschaft ohne gute Politik». Und nehmen zufrieden Humers Versprechen zur Kenntnis: «Jedes Unternehmen, jeder Mensch braucht eine Heimat. Die Heimat von Roche bleibt die Schweiz.» Als Souvenir erhält Humer einen Pin – mit Schweizerkreuz.

ANZEIGE



Mit dem 1.9% WM-Leasing können Sie nur gewinnen.

HYUNDAI

Leasingkonditionen: Laufzeit 24 Mt., Zinssatz 1.9% (1.92% effektiv), 1. grosse Leasingrate 20%, Restwert 55%, Fahrleistung 10000 km pro Jahr, Vollkasko nicht inbegriffen. Beispiele: i10 1.1 Comfort ab CHF 13 990.– / CHF 168.–/Mt., i20 1.2 Comfort (3-türig) ab CHF 15 490.– / CHF 186.–/Mt., i30 1.4 Comfort ab CHF 19 990.– / CHF 240.–/Mt., i30cw 1.4 Comfort ab CHF 21 490.– / CHF 258.–/Mt. Keine Leasingvergabe, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Nur für ausgewählte Versionen des Hyundai i10, i20, i30/i30cw ab Lager der teilnehmenden Hyundai-Partner, gültig bis 31.7.2010. Ein Angebot von Hyundai Finance in Kooperation mit BANK-now AG.